

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 6 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

† Dresden, im Mai. Die Dresdener Conferenzen sind vorüber. Von entgegengesetzten Seiten her wird ihnen der Vorwurf gemacht, sie hätten nicht gehalten, was sie versprochen. Abgesehen davon, daß sie von vornherein für den Einsichtigen nicht vielversprechend waren, so trifft sie obiger Vorwurf auch noch aus andern Gründen nicht. Der politische Wirrwarr Deutschlands war vor dem Beginn der Conferenzen so groß, daß es in der That den Regierungen zunächst und hauptsächlich nur darauf ankommen konnte, einen von allen Groß- und Kleinmächten als gültig angesehenen Ausgangspunkt für weitere Regulirungen zu finden. Und ist dieser nicht wirklich gefunden worden? Wenn man sich der außerordentlich starken Opposition erinnert, die bis zum Beginn der Conferenzen Preußen gegen die Wiederherstellung des alten Bundestags ausübte, und dagegen jetzt bereits das Factum dieser Wiederherstellung vor Augen sieht, so muß man zugestehen, daß die nunmehr wirklich erreichte Einigung der Regierungen eine größere geworden und schneller zu Stande gekommen ist, als sich im Rückblick auf die jüngst vergangenen Zeiten erwarten ließ. Die tieferschütterten Grundlagen des deutschen Staatenbundes sind wieder befestigt, ja man trägt sogar aus Dresden nach Frankfurt die zuversichtliche Aussicht hinüber, die innere und äußere Sicherheit diesem Bunde bald noch in höherem Maße auf militärischer Basis garantiren zu können, als man das selbst in den vorrevolutionären Zeiten vermocht hatte; endlich darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß die einer sorgfältigen Thätigkeit entspringenden Commissionsberichte, betreffend die unabwieslichen materiellen Forderungen der Zeit, eine tüchtige Vorarbeit für die Beratungen des frankfurter Bundestags abgeben werden. Fürst Schwarzenberg meinte freilich, schon bei Eröffnung der Conferenzen den alten Bund als allseitig anerkannten Ausgangspunkt gewonnen zu haben, doch dies war lediglich eine Ueberschätzung der damaligen Resultate der österreichischen Politik. Ebenso stellte Fürst Schwarzenberg infolge seines eben gerügten Irrthums an die Persönlichkeiten, die im Brühl'schen Palais getagt haben, sogar die Forderung: „Lassen wir es uns angelegen sein, die Bundesverfassung mit Benutzung der Rathschläge der Erfahrung und mit Berücksichtigung alles Dessen zu ergänzen und zu verbessern, was Zeit und Umstände zur Wohlfahrt des Vaterlandes wirklich erheischen“, und gerade hier liegt der Punkt, auf welchem jetzt großdeutsche Stimmen fußen, wenn sie den verbliebenen Conferenzen ihren Bannfluch nachschleudern, weil diese eben nur den „unverbesserten Bund“ zu Tage gefördert hätten; gerade hier liegt der Punkt, auf welchem sich die obgenannte Partei stützt, wenn sie die kleinen Staaten jetzt mit den Wolken ihres erhabenen Jornes einhüllt und ihnen geradezu vorwirft, die nöthige Verbesserung des Bundes verhindert zu haben. Allein diese geographische Erweiterungsparthei Deutschlands (denn in dieser Bezeichnung ist der Kern der fehlgeschlagenen Verbesserungen angedeutet) sollte die Worte des österreichischen Premiers eben nicht so weit als Drakel ansehen, daß sie meinen könnte, die oben gerügte Ueberschätzung der österreichischen Macht, welche sich der genannte Herr bei Eröffnung der Dresdener Conferenzen zu schulden kommen ließ, gänzlich übersehen zu dürfen.

Eine andere, gutmüthigere Partei, die wirklich intensive Verbesserungen des Deutschen Bundes in jenen Worten des österreichischen Ministerpräsidenten verheißen glaubte, ist jetzt ebenfalls aus die Dresdener Conferenzen sehr böse. „Es ist schon recht gut, sagt sie, daß die Regierungen den alten Bundestag als Ausgangspunkt ihrer Beratungen erwählten, um nur endlich einmal unter einen Hut zu kommen, — aber man hätte für das arme «einige Deutschland», für die politischen Interessen des deutschen Volks doch ebenso etwas thun sollen, wie man für die materiellen Interessen desselben sich bemüht hat, vorbereitende Sorge zu tragen; aber da ist ja gar nichts geschehen!“ Das ist gewiß recht despectivisch gesprochen. Jeder Wahrheitsliebende muß mit Entschiedenheit den Voraussetzungen, auf denen diese Ansicht beruht, entgegentreten. Erstlich hat sie zur Voraussetzung denselben Irrthum, der schon bei der ersten Partei gerügt wurde, nämlich als habe Oesterreich wirklich beim Beginn der dresdener Verhandlungen alle deutschen Regierungen unter einen, namentlich aber Preußen unter seinen Hut gebracht gehabt. Das ist ja eben erst das Resultat der Conferenzen. Zweitens beruht obige Ansicht aber auf einer andern, ihrem Wesen nach noch viel irrthümlicheren Voraussetzung, als jene erste ist. Wer einigermaßen die Principien des alten Deutschen Bundes durchschaut, wird, wie auch in dieser Zeitung schon mehrfach angedeutet worden ist, sich nicht in Verbesserungs träumen wiegen können. Der Deutsche Bund ist ein zwischen so und so viel Persönlichkeiten zu Stande gekommener Vertrag, ist kein der in-

nern organischen Entwicklung fähiger Bundesstaat, sondern ein mechanisch zusammengesetzter Staatenbund, und zwar ein Staatenbund, der ungünstiger als mancher andere, nämlich aus sich widersprechenden Elementen, aus Mächten von ganz heterogenen Interessen, aus eifersüchtigen Groß- und Kleinmächten gebildet worden ist. Wie kann hier von einer die politische Seite betreffenden Verbesserung die Rede sein! Sollte Fürst Schwarzenberg für seine Person Ende 1850 wirklich solche intensive Verbesserungen vor Augen gehabt haben, so würde das nur befehlen, daß seine Staatsweisheit in das Wesen des von Diplomaten der unverbesserlichen Schule gegründeten Staatenbundes nicht eingedrungen ist. Weder hat man mit Recht den Dresdener Conferenzen dergleichen Verbesserungen zumuthen können, noch wird man mit Recht solche in Zukunft von dem frankfurter Bundestage erwarten dürfen. Die Gründung eines deutschen Staatslebens liegt gänzlich außerhalb des Selbstzweckes der den einzelnen deutschen Staaten präsidirenden Regierungen. Der preussischen Regierung liegt das specifisch-preussische Interesse, der österreichischen das specifisch-österreichische ab. Das deutsche Interesse ist gar kein Interesse der Regierungen, sondern das des deutschen Volks, des Volkes, das sich nicht innerhalb der Grenzen des sächsischen, preussischen, österreichischen Staats ic. bewegt, sondern innerhalb der Grenzen der deutschen Nationalität, die auf einer Landkarte noch nicht verzeichnet sind.

Daß wir ganz im geschichtlich nothwendigen Geiste der sogenannten deutschen Regierungen sprechen, in dem Geiste, welcher die Keime seiner Entstehung in derjenigen Epoche der deutschen Geschichte vorfindet, welche den verschiedenen, die Reichseinheit negirenden Landeshoheiten die Entstehung gab, haben die Regierungen in jüngster Zeit namentlich durch die eine Thatsache anerkannt, daß sie allenthalben in Deutschland den strengmonarchisch gesinnten Mann der deutschen Bewegung dem Republikaner, sowie dem Socialdemokraten in Bezug auf Verfassung irgendwelcher Amnestie vollkommen gleichgestellt haben. Es kann uns hier nicht in den Sinn kommen, dies als einen Tadel aufzuführen, sondern wohlverstanden, wir führen diese Thatsache nur als Beweis an, daß es in dem Geiste der einzelnen sogenannten deutschen Territorialhoheiten liegt, jede einheitliche deutsche Bestrebung als eine feindliche zu betrachten, daß es in diesem Geiste liegt, das specifisch Nichtdeutsche zu wollen. Wie recht hatten wir also, es als ein Unrecht zu bezeichnen, den Dresdener Conferenzen jetzt solche Vorwürfe zu machen, wie wir oben berührten. Wir konnten unbedingt zu Anfang unserer vorliegenden Betrachtung von der Anerkennung Dessen ausgehen, was trotz der für die Einheit der Regierungen sehr ungünstigen Verhältnisse auf den Conferenzen geschehen und gewirkt worden ist. In der jetzigen Zeit, wo vorberhand dem deutschen Volksstaate jedwede Zukunft abgeschnitten zu sein scheint, gilt es, Objectivität des Geistes genug zu besitzen, Das richtig zu würdigen, was die Partei des Staatenbundes für sich thut. Auch die Dresdener Conferenzen sind von Bedeutung; auch sie werden in das Buch der deutschen Geschichte eingetragen werden, — allerdings in das Buch der Geschichte, welche die deutsche Diplomatie hat machen wollen!

Δ Berlin, 1. Juni. Wir sind kürzlich, am Vorabend der Enthüllungsfest des Denkmals Friedrich's des Großen, mit einem Geschenke ganz eigener Art bedacht worden. Die alten Provinzialstände sind wiederhergestellt, und zwar nicht durch königliche octroyirte Verordnung, nein, durch ein einfaches Ministerialrescript. Die Partei der „Specifischen“ jubelt in ihrem Organe, sie singt Hosanna, erspart sich aber die Mühe, besondere Schlachtopfer zu bringen, da ihrem Gott das wohlgefälligste Opfer bereits gebracht worden — die Verfassung vom 30. Jan. 1850. Zwar besteht das Staatsgrundgesetz noch auf dem Papier, in Wahrheit aber ist es seit Monaten untergraben, mit dem erwähnten Ministerialrescripte ist nun gar Dresse geöffnet, wie lange kann also der Bau noch halten? Der kleine Krieg behagte den Kreuzrittern nicht mehr. Sie schämten sich des Vorwurfs: „Du kannst im Großen nichts erreichen und fängst es nun im Kleinen an.“ Sie haben gezeigt, daß sie es auch im Großen anfangen können. Also denn, die Provinzialstände hätten wir wieder. Das officielle Document liegt Ihnen vor; ich kann mich daher darauf beschränken, Ihnen die wichtigsten Stellen desselben aus der preussischen Bureausratsensprache in ehrliches Deutsch zu übersetzen. Den Vorwand zu diesem Act der Restauration bildet die Einkommensteuer; die behufs Erhebung derselben vorgesehenen Einschätzungscommissionen sollen nämlich aus Mitgliedern der Provinzialvertretung und aus Steuerpflichtigen, welche von letzterer gewählt werden, bestehen. Da man nun nach 15 Monaten noch nicht dahin hat gelangen können, die Gemeinde- und Provinzialordnung zur Ausführung zu bringen, so sieht man sich genöthigt, interimistische Provinzialvertretungen zu schaffen.